

## **Vorwort**

Mit dem Ausbruch der Zweiten Intifada im Oktober 2000 und den folgenden Militäraktionen Israels, v.a. im Frühjahr 2002 in Dschenin und Bethlehem, kam es in einer ganzen Reihe westeuropäischer Länder zu einer Welle antijüdischer und antiisraelischer Übergriffe und Demonstrationen. Dies war für das *European Monitoring Center for Racism and Xenophobia* (EUMC) der Anlass, erstmals einen Bericht zum Antisemitismus in den damaligen 15 EU-Mitgliedsstaaten verfassen zu lassen. Damit kehrte der Antisemitismus als wichtiges Thema auf die öffentliche, politische und auch wissenschaftliche Agenda in Deutschland und Europa zurück. In rascher Folge fanden nun Antisemitismus-Konferenzen der *Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa* (OSZE) in Wien (2003), Berlin (2004) und Cordoba (2005) statt. Seitdem erfährt das Thema Antisemitismus eine hohe politische Aufmerksamkeit, und die Nachfolgeorganisation des EUMC, die *Federal Agency for the Protection of Human Rights* (FRA), gibt jährliche Berichte dazu heraus (Monitoring).

Mit der Entwicklung des Nahostkonflikts haben sich aber auch eine Reihe wichtiger Veränderungen in diesem Themenfeld ergeben. Standen bis Ende der 1990er-Jahre v.a. in Deutschland Auseinandersetzungen um Antisemitismus ganz überwiegend im Zusammenhang mit der NS-Vergangenheit und mit Fragen des adäquaten Erinnerns an die Verfolgung und Ermordung der Juden, so rückte nun, in Deutschland erstmals wieder mit dem sogenannten Möllemann-Friedman-Streit vom Mai 2002, ein israelbezogener Antisemitismus in den Mittelpunkt, der seitdem v.a. in Phasen der Eskalation des Nahostkonflikts öffentlich hervortritt. Es kam damals die Rede von einem »neuen Antisemitismus« in Europa auf, der sich auf Israel als »kollektiven Juden« bezog. Die Unsicherheit darüber, wo genau die Grenze zwischen berechtigter und einseitiger Kritik an Israels Politik gegenüber den Palästinensern und als antisemitisch zu wertenden Stellungnahmen verläuft, hält bis heute an und hat zu verstärkten Bemühungen um eine verbindliche Antisemitismus-Definition geführt. Anfang 2005 hatte das *EUMC* zusammen mit Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und Experten deshalb eine Arbeitsdefinition vorgeschlagen, in der festgelegt wird, wann israelbezogene Aussagen als antisemitisch gelten. Die Definition hat in einigen Ländern Europas zu einer höheren Sensibilität in der Erfassung antisemitischer Straftaten geführt, dennoch sind gerade die auf Israel bezogenen Elemente der Definition trotz anhaltender Bemühungen bisher strittig geblieben (→ Definition). Ob die jüngste Übernahme der Definition durch die *International Holocaust Remembrance Alliance* (IHRA) daran etwas ändern wird, muss hier offenbleiben.

Mit der juden- und israelfeindlichen Welle von 2002, in der erstmals junge Muslime als Tätergruppe in einigen europäischen Ländern hervortraten, ist neben der Fokussierung auf den Nahostkonflikt eine weitere Entwicklung in den Mittelpunkt des Interesses gerückt, nämlich der Antisemitismus unter Migrantinnen und Migranten aus muslimisch geprägten Ländern. Über dessen Ausmaß und Charakter wird seitdem kontrovers diskutiert, wobei nach wie vor nur wenige verlässliche Erkenntnisse dazu vorliegen. Obwohl man den Blick inzwischen auf weitere migrantische Gruppen ausgeweitet hat und Antisemitismus heute als ein Phänomen im Kontext der »Einwanderungsgesellschaft« gilt, fehlen auch hier noch entsprechende Untersuchungen. Die Debatte über Antisemitismus unter Muslimen ist spätestens seit dem Sommer 2015 mit der massenhaften Flucht von Menschen aus Kriegs- und Krisengebieten im Mittleren Osten und aus Nordafrika in den Mittelpunkt eines öffentlichen Diskurses zu der Frage geraten, ob mit den Geflüchteten auch Antisemitismus »importiert« werde. In den Diskussionen um die Aufnahme der Geflüchteten spielten dabei v.a. deren Religionszugehörigkeit und ihre Herkunft aus Ländern des Nahen und Mittleren Ostens eine wachsende Rolle. Die Fokussierung auf den Nahostkonflikt hat auch noch eine andere Schwerpunktverschiebung in der öffentlichen Diskussion zur Folge gehabt, da sich nun v.a. die politische Linke aufgrund ihrer Stellungnahmen zu diesem Konflikt mit dem Vorwurf des Antisemitismus konfrontiert sieht. Die nach wie vor zentrale Trägergruppe, nämlich die extreme Rechte, gerät dabei manchmal etwas zu sehr aus dem Blick.

Neben dieser stärkeren Fokussierung auf den Nahostkonflikt haben aber eine ganze Reihe neuerer Entwicklungen dazu beigetragen, Antisemitismus als dringliches Problem wahrzunehmen und entsprechende Präventions- und Bekämpfungsmöglichkeiten zu diskutieren. Als ein zentrales neues und bedrohliches Phänomen ist dabei die zunehmende Hasskommunikation im Internet zu nennen, die in jüngster Zeit immer stärker in den Mittelpunkt der öffentlichen und politischen Aufmerksamkeit rückt. Über das Internet, insbesondere über die sozialen Netzwerke eröffnen sich für die einzelnen Nutzerinnen und Nutzer völlig neue Kommunikationsmöglichkeiten, denn nun erreichen sie in dieser »Semi-Öffentlichkeit« einen enorm großen Leserkreis für ihre antisemitischen Auslassungen, für die sie vorher schwerlich Publikationsmöglichkeiten gefunden hätten. Das Internet begünstigt zudem die Verbreitung von

Verschwörungstheorien, die in vielen Fällen mit antisemitischen Vorstellungen über eine jüdische oder zionistische Weltverschwörung und Beherrschung der Finanzwelt verbunden sind. Damit entsteht ein großer Resonanzraum für Hassbotschaften mit einer Tendenz zur Resonanzverstärkung, der strafrechtlichen Eingriffen nur schwer zugänglich ist. Von staatlicher Seite ist dieses Problem erst spät erkannt worden und überdies nicht leicht zu lösen, da die international agierenden Anbieter durch einzelstaatliche Regelungen nur schwer zur Selbstkontrolle der von ihnen verbreiteten Inhalte zu zwingen sind, wie die gegenwärtige Diskussion darüber zeigt.

Diese Verbreitung antisemitischer Botschaften in den neuen Medien hat zudem die Aufmerksamkeit von Wissenschaft und Öffentlichkeit von den politischen Extremen stärker auf die sogenannte Mitte umgelenkt, die nun als ein neues Problemfeld erscheint. Ein Blick zurück auf die Geschichte der Bundesrepublik zeigt, dass dies allerdings keineswegs ein neues Phänomen ist und dass antisemitische Einstellungen gerade in den ersten Nachkriegsjahrzehnten noch stärker als heute bis weit in die Mitte der Gesellschaft anzutreffen waren. Unabhängig von dieser an sich positiven Entwicklung sind antisemitische Einstellungen nach wie vor in der Bevölkerung in nennenswertem Ausmaß verbreitet, sodass hier latent vorhandene, kulturell tief verwurzelte Ressentiments unter Umständen auch wieder aktiviert werden können. Die Fokussierung auf die »Mitte« soll unterstreichen, dass es sich beim Antisemitismus eben nicht nur um ein Phänomen in kleinen Randgruppen handelt, sondern dass er durchaus auch unter jenen vorkommt, die sich selbst sozial und politisch als »Mitte« betrachten und auch anhand sozioökonomischer Kriterien dazu gezählt werden können. Die »Mitte« – ganz gleich wie definiert – ist, allein weil sie die große Mehrheit repräsentiert, von der Politik adressiert wird und ihr viele relevante gesellschaftliche Akteure zugerechnet werden können, ganz wesentlich für die Wahrnehmung und Bewertung, aber eben auch für die Verbreitung und Entwicklung von Antisemitismus. Die »Mitte« ist und bleibt also ein zentrales Feld für die Intervention und Prävention von Antisemitismus.

Neben der Eröffnung des Kommunikationsraums Internet wird Antisemitismus durch die seit Jahren aufgeheizte Debatte über Islam, Terrorismus und Zuwanderung/Flucht begünstigt. Diese Debatte, aber auch die Finanzkrise haben rechtspopulistischen Bewegungen (wie Pegida), Parteien (wie die Alternative für Deutschland/AfD) und verschwörungstheoretischen Bewegungen nicht nur in Deutschland Auftrieb gegeben, die nun ihrerseits diese Debatten weiter forcieren. Auch wenn Antisemitismus hier kein dominantes Phänomen war und ist, so haben diese Akteure mit hetzerischen Parolen, einer nationalistisch-völkischen Ideologie sowie implizit oder explizit formulierten Verschwörungstheorien ein politisches Klima der Polarisierung geschaffen. Verfechter einer offenen, pluralistischen Gesellschaft und deren Gegner stehen sich ebenso gegenüber, wie rechtspopulistische Parteien bzw. Bürgerbewegungen auf der einen und politische Eliten sowie etablierte Medien auf der anderen Seite; der Ton gegenüber Minderheiten und »Fremden« ist insgesamt rauer geworden und verunsichert so auch die jüdische Minderheit, auch wenn rechtspopulistische Parteien und Bewegungen sich derzeit auf »die Muslime« konzentrieren und den Anschein von Antisemitismus insgesamt weitgehend zu vermeiden suchen.

Im Zuge dieser gesellschaftlichen Veränderungen hat sich auch die Beschäftigung mit dem Thema Antisemitismus in der Politik, der Wissenschaft und in zivilgesellschaftlichen Organisationen intensiviert, was wiederum einen Effekt auf die wahrgenommene Bedeutung und Dringlichkeit des Problems hat. Es ist ein ganzes Netzwerk von in- und ausländischen Organisationen, NGOs und Wissenschaftlern entstanden, das sich mit Antisemitismus in seinen verschiedenen Erscheinungsformen befasst, Berichte erstellt, Konferenzen abhält, sich eindeutig gegen Antisemitismus positioniert und über Präventionsmöglichkeiten diskutiert. Es wird versucht, dem Thema öffentliche Aufmerksamkeit zu verschaffen, doch gleichzeitig zeigen Umfragen, dass die große Mehrheit der deutschen Bevölkerung (77 Prozent) die Verbreitung antisemitischer Einstellungen in Deutschland als gering einschätzt. Hier besteht eine Wahrnehmungsdiskrepanz, denn während Juden Antisemitismus aufgrund ihrer Alltagserfahrung überwiegend als zentrales Problem empfinden, ist in der Bevölkerung insgesamt die Sensibilität gegenüber diesem Phänomen gering. Auch hieraus leiten sich wichtige Ansatzpunkte für die Prävention ab.

Der vorliegende zweite Bericht des *Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus* (UEA) ist Ausdruck der deutlich angestiegenen politischen Aufmerksamkeit für dieses Problem. Er verweist auf die Vielfältigkeit der Erscheinungsformen von Antisemitismus in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen, fragt nach der Wahrnehmung von Antisemitismus aus jüdischer Perspektive und zeigt staatliche sowie zivilgesellschaftliche Bemühungen zur Bekämpfung und Prävention, aber auch deren Grenzen und Defizite.